

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mftringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung selbstwärts 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. April 1931

Sozialdemokratischer
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Was geht vor?

Zur Nachprüfung der Arbeitslosenversicherung.

SPD. Die Arbeitslosenkommission der Reichsregierung tritt am 14. April wieder zusammen. Ihre nächste Hauptaufgabe soll in einer neuen Ueberprüfung der Arbeitslosenversicherung bestehen.

Starke Kräfte sind inzwischen am Werk, eine weitere Verkürzung der Unterstützungsdauer und eine Senkung der oberen Unterstützungssätze zu erzwingen. Vor allem drängen die Arbeitgeber auf einen neuen Abbau der Versicherungsleistungen. Auch stellen sie, wie verlautet, die Forderung, die verheirateten berufstätigen Frauen überhaupt aus der Versicherung herauszunehmen. Ueberraschend ist die Haltung der Arbeitgeber nicht; denn für sie war von allem Anfang an neben dem Kampf gegen den Tarifvertrag auch der Kampf gegen den Arbeitslosen-schutz nur eine lohnpolitische Angelegenheit. Je schlechter der Arbeitslosen-schutz, desto schlechter der Lohn. Auch die Verdrängung der verheirateten berufstätigen Frauen aus der Versicherung kann nur den Zweck haben, ein noch billigeres Arbeitsangebot für den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Ueber die Pläne der Regierung in der Frage der Arbeitslosenversicherung ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Zunächst soll die Arbeitslosenkommission sprechen. Die Regierung hält sich einstweilen in Deckung hinter dem Sachverständigenausschuss, der es bisher gut verstanden, sich in eine recht geheimnisvolle Atmosphäre zu hüllen. Kein Wunder, wenn allerhand wilde, alarmierende Gerüchte im Umlauf sind. Berufsmässige Panikmacher wissen sogar bereits konkrete Einzelheiten über den Inhalt einer Diktaturverordnung gegen die Arbeitslosen zu melden. Danach wäre geplant, die oberen Lohn- bzw. Unterstützungsklassen um 10 bis 15 % zu kürzen, alle Arbeitslosen künftig der Bedürftigkeitsprüfung zu unterwerfen und die Wartezeit für Saisonarbeiter auf 4 Wochen zu verlängern. Mit diesen Einschränkungen wolle die Regierung eine halbe Milliarde an Unterstützungen einsparen.

Die Regierung kann unmöglich ein Interesse daran haben, dass die Massen der Arbeitslosen in eine Panikstimmung hineingehetzt werden. Sie muss daher so bald und so klar wie nur möglich sagen, was sie will. Das Gemunkel und Gerede muss aufhören. Man darf erwarten, dass die Arbeitslosenkommission sich mit ihrer Arbeit beeilt; denn der Öffentlichkeit muss schleunigst klarer Wein eingeschenkt werden. In einer Zeit, wo kein Reichstag tagt, muss erst recht mit offenen Karten gespielt werden. Die Verantwortlichkeit der Regierung ist mit dem Augenblick, wo der Reichstag sich vertagte, gesteigert worden. Hoffentlich hat die Regierung ein Gefühl für diese gesteigerte Verantwortlichkeit, die auf ihr ruht.

Die Gewerkschaften haben den massgebenden Stellen bereits sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass sie jeden weiteren Einbruch in den Arbeitslosen-schutz mit aller Entschiedenheit ablehnen. Sie stehen auf der Wacht. Sie sind sich darüber im klaren, dass die Abhängung der Reichsanstalt für Arbeitslosen-

versicherung vom Reichshaushalt Gefahren in sich birgt, die schon jetzt die Arbeitslosenkommission unter Druck setzen. Dieser Druck wird durch eine Stimmungsmache gegen den Arbeitslosenschutz verschärft. Schon melden sich wieder die "Reformer" der arbeitslosenversicherung, die nach bekannten und berüchtigten Mustern den arbeitslosenschutz - natürlich nicht zerstören, sondern nur "säubern" wollen. So schrieb das "Berliner Tageblatt", ein Organ, das sich wiederholt in die Reihe der Hetzer gegen die arbeitslosenversicherung verirrt hat, im Anschluss an das erste Gutachten der Arbeitslosenkommission: "In den Beschlüssen der Kommission wird man nur den Anfang einer generellen Reform und Säuberung der arbeitslosenversicherung zu erblicken haben, deren es im Interesse der Versicherung selbst und der Arbeitnehmerschaft dringend bedarf." Es soll also wieder einmal "gesäubert" werden. Wieder einmal will man die arbeitslosenversicherung "retten", indem man "Balast" über Bord wirft. Was unter "Balast" zu verstehen ist, das zeigen die Verlautbarungen aus dem Arbeitgeberlager, die wie gewöhnlich einen doppelten Abbruch der arbeitslosenversicherung an der Leistung und am Kreis der Versicherten befürworten.

Zwischen der zweiten fast abgeschlossenen und der dritten drohenden Lohnabbauaktion möchte das Unternehmertum den Lohnschutzdamm der arbeitslosenversicherung vollends durchstossen, um das gesamte Lohnniveau auf das Niveau der arbeitslosenunterstützung herunterzudrücken. Ein gefährliches Beginnen! Die Regierung hat allen Anlass, die Warnungen der Gewerkschaften zu beachten und zu beherzigen. Wohl haben wir den Winter hinter uns, aber wir sind noch lange nicht über dem Berg. Noch ist der arbeitslosenschutz auch eine sehr wichtige Sicherung für den Staat.

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat die arbeitslosenhilfe des Winters als eine soziale Grosstat gepriesen, und Reichsminister Treviranus erklärte vor kurzem auf einer Kundgebung in Hamburg: "Bei 5 Millionen arbeitslosen haben wir es nur der arbeitslosenversicherung und der allgemeinen Fürsorge zu danken, wenn der letzte Winter ohne Bürgerkrieg überstanden wurde." Wieviel Milliarden hätte der Bürgerkrieg gekostet? Der Abbau des arbeitslosenschutzes kann auch jetzt noch Deutschland unter Umständen sehr teuer zu stehen kommen. Vielleicht können die Herrschaften, die kein Mitgefühl und Verständnis für die Massen der arbeitslosen haben, wenigstens rechnen. Jedenfalls darf man erwarten, dass die Regierung rechnen kann.

SPD. Koblenz, 11. April (Eig. Drahtb)

Eine Vertretertagung des Preussischen Lehrervereins, die am Freitag und Sonnabend in Koblenz stattfand, protestierte dagegen, dass tausende von Lehrkräften, die im Alter bis zu 35 Jahren in der besten Fülle ihrer Arbeitskraft stehen, durch Sparmassnahmen des Staates und der Gemeinden entlassen werden.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Erörterung der Frage der Zusammenarbeit der preussischen Volks- und Berufsschule nach Aufgabe, Aufbau und Recht. Dazu machte sich die Versammlung die von den Referenten Mittelschullehrer Schrader und Schulrat Wolff vertretenen grundsätzlichen Auffassungen zu eigen. Sie besagen:

Die Aufgabe beider Schulen wird gemeinsam in Artikel 148 Abs. 1 der Reichsverfassung dahin festgestellt, dass die sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung und persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben haben. Die Volksschule soll durch ihre Arbeit in das Kulturleben einführen und die Grundlage für die Schulung in den Berufs- und Fachschulen bieten. Die Berufsschule dagegen soll in Sinn, Wesen und Bedeutung der Berufsarbeit und der Volkswirtschaft einführen. Zur Lösung der Aufgabe, die beiden Schulen gestellt ist, sind die Lehrpläne aufeinander abzustimmen. Kindesgemässheit und Lebensnähe bestimmen die Auswahl

des Bildungsgutes der Volksschule. Ihre Arbeit soll die Denkfähigkeit und Handfertigkeit des Kindes üben. Das Bildungsgut der Berufsschule soll beruflich, ortswirtschaftlich, volkswirtschaftlich, gesellschaftlich, staatsbürgerlich betont und allgemeingeistig ausgerichtet werden. Organisatorisch muss der Zusammenhang zwischen Volks- und Berufsschule stärker als bisher zum Ausdruck kommen. Die Berufsschule soll Pflichtschule, die Schulpflicht allgemein bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ausgedehnt werden. Ein organischer Ausbau des Volks-, Berufs- und Fachschulwesens soll einen neuen mehr zur Praxis neigenden Weg zur Hochschule öffnen. Alle Schulen sollen einheitlich der Unterrichtsverwaltung unterstellt werden. Durch Ergänzung des Jugendwohlfahrts- und Berufsausbildungsgesetzes muss für einen hinreichenden Schutz der Jugendlichen gegen wirtschaftliche und gesundheitliche Benachteiligung Sorge getragen werden.

SPD. Stuttgart, 11. April (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung des Landesverbandes der Polizeibeamten Württembergs hielt der württembergische Staatspräsident Bolz am Sonnabend eine wirtschafts- politische und beamtenpolitische sehr beachtliche Rede. Er führte aus :

-Der einzige Weg zur Ueberwindung der heutigen Notzeit besteht in der Schaffung vermehrter Arbeit und grösster Sparsamkeit. Die Regierungen werden versuchen müssen, in den Wirtschaftsprozess eine bessere Ordnung hineinzubringen und eventuell durch Zwangsmassnahmen für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen. Das wird natürlich ohne Härten nicht abgehen. Das Beamtentum als grosser und wichtiger Teil des Volkskörpers muss die Not mittragen helfen. Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir sagen, dass in der Nachkriegszeit die Forderungen der Beamten mehrfach stark übertrieben worden sind. Die letzte Ordnung der Beamtenegehälter war einer der schwersten innerpolitischen und finanziellen Fehler. Wenn die gegenwärtige Notzeit noch lange dauert, so wird nach meiner Meinung der Beamtenschaft stückweise die ganze Erhöhung wieder weggenommen werden müssen. Der schwerste Fehler der Beamtenpolitik war es, dass man den Kreis der Beamten immer mehr erweiterte, statt ihn einzuschränken. Wohlerworbene Rechte können einem so riesengrossen Beamtenkörper schwerer erhalten werden, als wenn sie auf den Kreis derer beschränkt werden, bei denen die Beamteneigenschaft überhaupt notwendig ist. Ich fürchte, dass die wirtschaftliche Lage uns schon in absehbarer Zeit zwingen wird, an Gehaltskürzungen heranzugehen. Man mag sie nicht beabsichtigen, aber es kommt nicht auf das Wollen, sondern auf das Können an. Die Frage, ob solche Eingriffe durch höhere steuerliche Heranziehung des Besitzes und der grossen Einkommen vermieden werden können, muss ich verneinen, weil wesentliche Ertragnisse auf diesem Wege nicht erzielt werden und höchstens noch eine stärkere Kapitalflucht eintritt. Sie zu verhindern, ist aber durch gesetzliche Mittel nicht möglich.

Abschliessend äusserte sich Dr. Bolz über die schwierige Stellung der Polizeibeamten in der heutigen bewegten Zeit. Auch die Polizeibeamten hätten das Recht der politischen Meinungsfreiheit wie andere. Eine Grenze sei ihnen aber gesetzt, indem sie sich keinen gesetzwidrigen Organisationen anschliessen und nicht nach aussen für eine Bewegung eintreten dürften, deren Verfassungsmässigkeit nicht zweifelsfrei festgestellt werden könne.

-SPD. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat, wie uns aus Magdeburg gemeldet wird, das Tragen der Parteiuniform und Bundeskleidung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen verboten.

SPD. Braunschweig, 11. April (Eig. Dr.)

Am Sonnabend wurde der Streik der Weltlichen Schulen ebenfalls einheitlich und geschlossen durchgeführt. In der Stadt Braunschweig erschienen von rund 3000 Schulkindern nur 81 zum Unterricht, in Wolfenbüttel von 285 insgesamt 10 und in Schöningen erschien kein einziges Kind. Alle Einmischungsversuche der von Franzen geschickten Polizei scheiterten an der Disziplin der Eltern und Kinder. Am Sonnabend-Morgen wurde aus nichtigen Gründen der vor einer Schule stehende Gewerkschaftssekretär Maas verhaftet.

Am Montag wird nach einem Aufruf des Weltlichen Elternbundes die Schularbeit geschlossen wieder aufgenommen.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Kleine Anfrage eingebracht :

"Der ehemalige König Ferdinand von Bulgarien hat seit dem Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg wiederholt Zuschüsse aus Reichsmitteln erhalten. Wir fragen die Reichsregierung :

1. Ist es wahr, dass an den ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien jährlich ein grösserer Betrag aus Reichsmitteln gezahlt wird, wobei das Reich die Verpflichtung übernommen hat, diesen Betrag laufend bis zum Tode des ehemaligen König Ferdinand zu zahlen? Wenn das zutrifft, a) wie hoch ist der jährliche Zuschuss, b) wird der Zuschuss tatsächlich seit dem Jahre 1927 gezahlt, c) war das Reich zur Uebernahme des laufenden Zuschusses an den ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien rechtlich verpflichtet, oder aus welchen Gründen hat das Reich die Zahlung übernommen?

2. Ist es wahr, dass im Frühjahr 1931 eine Sonderzahlung von 1/2 Million Mark aus Reichsmitteln an den ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien erfolgt ist, die an seinem 70. Geburtstag ausgezahlt worden ist? Wenn das zutrifft, a) aus welchen Gründen und auf wessen Veranlassung hat das Reich diese Zahlung geleistet, b) inwieweit kann die Reichsregierung die Auszahlung von 1/2 Million Mark aus Reichsmitteln für diesen Zweck bei der gerade von der Reichsregierung in der letzten Zeit immer wieder betonten ausserordentlich finanziellen Notlage des Reiches verantworten.

3. Welche Zahlungen sind seit dem Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg bisher aus Reichsmitteln an den ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien geleistet worden? Auf Grund welcher rechtlichen Verpflichtungen sind diese Zahlungen erfolgt ?

4. Ist die Reichsregierung bereit, in Zukunft keine Zahlungen - also auch keine laufenden Zuschüsse an oder für den ehemaligen Ferdinand von Bulgarien zu leisten, ohne vorher die Zustimmung des Reichstags einzuholen?

Es scheint sich zu bewahrheiten, dass der ehemalige König Ferdinand von Bulgarien gewisse Ansprüche, die er wegen des Eintritts von Bulgarien in den Weltkrieg an das Reich zu haben glaubt, immer wieder zu Forderungen auf Auszahlung grösserer und kleinerer Beträge aus der Reichskasse benutzt. Sollten sich die Angaben in der sozialdemokratischen Anfrage bewahrheiten, so wäre die Tatsache der Erfüllung der Forderungen des Exkönigs gerade in der heutigen Zeit um so erstaunlicher, als die schwere finanzielle Not allein schon genügen sollte, die Reichsregierung an unnützen Ausgaben zu hindern.

SPD. Lissabon, 11. April (Eig. Drahtb.)

Der portugiesische Kabinettsrat hat eine Verordnung erlassen, nach der in ganz Portugal alle Militär- und Zivilbeamte, die sich an einer revolutionären Bewegung gegen die Regierung direkt oder indirekt beteiligten, abgesetzt

werden. Diese Massnahme ist bereits gegen den Führer des Aufstandes in Funchal, General Dias, und verschiedene andere Militärs und Beamte verhängt worden. Ferner hat das Kabinett die Auflösung der Garnisonen auf Madeira und den Azoren beschlossen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Einzelne Gemeindevorsteher fördern in ihrer amtlichen Stellung das Volksbegehren "Landtagsauflösung". So hat z.B. ein Gemeindevorsteher gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Ortes und der Zeit der Auslegung der Eintragungslisten zur Sammlung von Beiträgen aufgefordert, die dem Volksbegehren dienen sollen. Der Preussische Minister des Innern weist deshalb in einem Runderlass darauf hin, dass gemäss seines Runderlasses vom 4. März d.J. jede behördliche Beeinflussung des Verfahrens zu unterbleiben hat und dass der Minister Beamte, die ihr Amt dazu missbrauchen, das Volksbegehren zu fördern, zur Verantwortung ziehen wird.

SPD. München, 11. April (Eig. Drahtb.):

Der wöchentlich erscheinende "Illustrierte Beobachter" des Herrn Hitler wurde von der Münchener Polizeidirektion auf Grund der Notverordnung bis 3. Mai verboten und die am Sonnabend erscheinende Nummer 15 beschlagnahmt. Die Ursache des Verbots ist die halbseitige Wiedergabe einer Zeichnung, auf der ein Schupmann in abscheulicher Karikatur mit Gummiknüppel und Handschellen vorwärtsstürmenden Hitlerhorden entgegentritt und sie mit dem Gebrüll aufzuhalten versucht: "Ich verbiete, verbiete, verbiete". In dem darunterstehenden dichterischen Erguss ist gesagt, dass der Nazigeist die Roheit und den Terror der Polizei siegreich bestehen wird.

In einer Anordnung im "Völkischen Beobachter" gibt Goebbels den Ausschluss von weiteren 25 Stennesanhängern in Berlin bekannt. Darunter befinden sich der bisherige Betriebsleiter, der bisherige Versandleiter und vier weitere Angestellte des "Angriff". Unter den Ausgeschlossenen sind 8 Frauen.

SPD. Braunschweig, 11. April (Eig. Dr.)

Der Landesvorsitzende der braunschweigischen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Brandes, äusserte sich in einer Veranstaltung seiner Partei in Holzminden über die Einwirkung der Thüringer Ereignisse auf Braunschweig dahin, dass man die Nationalsozialisten weiterhin an der Regierung verantwortlich beteiligen müsse. In Braunschweig sei den Nationalsozialisten in Dr. Franzen ein Mann präsentiert worden, der ohne Rücksicht auf parteipolitische Einstellung "sachliche Arbeit" leiste. Die Stellung der Deutschen Volkspartei in Thüringen habe ihren Grund in den scharfen Angriffen der Nationalsozialisten gegen die Volkspartei. In Braunschweig dürfe die Volkspartei das Vertrauen zu Dr. Franzen haben, dass er beruhigend auf seine Partei einwirken werde. Aus diesen Gründen liessen sich die Thüringer Verhältnisse nicht auf Braunschweig übertragen.

Brandes steht auf dem rechten Flügel der Volkspartei und hat sich wiederholt in Widerspruch zu seinen eigenen Parteifreunden gesetzt. Er ist der eifrigste Befürworter der Lazikoalition und versucht ihren Zerfall mit allen Mitteln zu vermeiden. Kein Wunder, wenn er Herrn Franzen unter diesen Umständen "sachliche Arbeit" bescheinigt. Ob es ihm aber auf die Dauer gelingen wird den Zerfall der Koalition mit den Nazis zu vermeiden, ist sehr fraglich, da die Differenzen im Regierungslager von Tag zu Tag grösser werden.

SPD. Der Bundesführer des "Stahlhelm" Seldte hat gegen das Verbot der Zeitschrift seines Bundes "Der Stahlhelm" beim Berliner Polizeipräsidenten Beschwerde eingereicht, deren Begründung ebenso dumm wie frech genannt werden muss.

So schreibt Seldte, dass eine Beschimpfung der Staatsform in dem betreffenden Artikel weder beabsichtigt gewesen sei noch erkenntlich sei und dass ebensowenig von einer Beschimpfung der Reichs- und preussischen Landesregierung oder eines einzelnen ihrer Mitglieder die Rede sein könne. Dabei strötzt der Artikel des Stahlhelm geradezu von Beschimpfungen, sodass selbst massgebende Rechtsblätter, die das Volksbegehren unterstützen, das Verbot als solches durchaus als berechtigt anerkannt haben. Oder ist es etwa keine niederträchtig Beschimpfung, wenn, wie es in dem Artikel des Stahlhelm geschehen ist, Reichs- und Landesminister als Handlanger Frankreichs und Polens charakterisiert werden? Als Handlanger Frankreichs und Polens bezeichnet wurden, noch ehe die neueste Aktion zur Volksverhetzung richtig in Gang gebracht ist. Mit welchen Gemeinheiten, Entstellungen und Verdrehungen würden die Hetzer erst zum Schluss ihres verbrecherischen Treibens arbeiten, wenn die verantwortlichen Stellen die ersten niederträchtigen Beschimpfungen hätten ungehindert passieren lassen?

Das Verbot des Stahlhelm war eine aus rechtlichen und allgemein politischen Gründen unbedingt notwendige Massnahme und deshalb muss es dabei bleiben. Wer sich gegen die Gesetze des Staates vergeht muss damit rechnen, dass er mit diesem Staat in Konflikt gerät. Das gilt für die gegenwärtige Zeit, in der sogenannte nationale Männer nichts Besseres zu tun wissen, als das Volk aufzuhetzen und es gegen die bestehenden Gewalten aufzuwiegeln, mehr denn je; denn das ist schliesslich das Ziel jener Aktion, die z.Zt. unter der Firma eines Volksbegehrens zur Auflösung des preussischen Landtags vor sich geht. Davon, dass ihre Aktion nicht zur Auflösung des Landtags führt, sind die Akteure des Volksbegehrens ebenso überzeugt wie wir. Aber ihre Hoffnung geht dahin, dass ihre Saat schliesslich bei den regulären Landtagswahlen aufgehen wird. Insofern soll das, was sie heute treiben, gewissermassen eine grosszügige Vorbereitung der regulären Landtagswahlen sein. Bis sie stattfinden, soll unser Volk in einen Zustand der Verhetzung hineinmanövriert sein, der für die Rückkehr der reaktionären Elemente in die preussische Verwaltung eine gewisse Garantie bietet. Dieser Verhetzung von vornherein alle Riegel vorzuschieben, ist die staatspolitische Pflicht aller verantwortlicher Stellen und aller Republikaner. Darum aufgepasst !

SPD. Aachen, 11. April (Eig. Drahtb.)

Der 39 Jahre alte erwerbslose Arbeiter Horrmann aus dem Dörfchen Barmen bei Jülich erlegte am Sonnabend-Morgen mit zwei Freunden in einem Wald einen Fasan, der als Festtagsbraten zur ersten Kommunion seiner Tochter dienen sollte. Auf dem Heimweg wurden die drei von dem 21 Jahre alten Jagdseher Peters des Grafen Hoensbroich überrascht. Er stellte sich hinter einen Baum und gab aus etwa 20 Schritte Entfernung zwei Schrotschüsse ab, wodurch Horrmann sofort getötet und einer seiner Freunde schwer verletzt wurde. Der eilfertige Schütze floh, konnte aber bald verhaftet werden.

SPD. Frankfurt/M., 11. April (Eig. Dr.)

Am Sonnabend wurden in Höchst der dortige Kommunistenführer Wilhelm Diestbach und 12 Komplizen unter dem Verdacht der Werkspionage verhaftet. Diestbach ist Mitglied des Betriebs- und Arbeiterrats der I.G. Farbenindustrie, Kommunallandtagsabgeordneter und Mitglied des Höchster Bezirksrats.

Diestbach wird beschuldigt, Betriebsgeheimnisse der I.G. Farbenindustrie

gegen hohe Summen an die russische Handelsdelegation in Berlin verkauft zu haben. Die 12 anderen verhafteten Kommunisten gelten als Helfershelfer von Diestbach. An Hand einer umfangreichen Korrespondenz, die Diestbach mit der russischen Handelsdelegation in Berlin geführt hat und die von der Polizei beschlagnahmt werden konnte, gelten sämtliche Verhafteten als überführt. Alle Verhafteten sind eingeschriebene Mitglieder der KPD.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident wird das für Berlin geltende Demonstrationsverbot für den 1. Mai aufheben. Am Vormittag des 1. Mai werden die Gewerkschaften, am Nachmittag die Kommunisten im Lustgarten eine Maikundgebung veranstalten. Der Anmarsch kann in geschlossenen Formationen erfolgen. Nach Beendigung der Kundgebung im Lustgarten sollen sich die Züge auflösen.

SPD. Kairo, 11. April (Eig. Drahtb.)

Das Luftschiff "Graf Zeppelin", das am Sonnabend morgens kurz nach 6 Uhr in der Nähe von Kairo landete und eine Stunde später zu einer Ägypten- und Palästinafahrt wieder aufstieg, kehrte abends gegen 6 Uhr nach Kairo zurück. In der Zwischenzeit waren u. a. Jerusalem und Jericho besucht worden, wo dem Luftriesen ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Abends um 18 Uhr 30 trat "Graf Zeppelin" mit 24 Passagieren an Bord die Rückfahrt nach Deutschland an.

SPD. Prag, 11. April (Eig. Drahtb.)

Auf einem am Sonnabend in Prag abgehaltenen Vertretertag der Tschechischen Sozialdemokratie wurde zur Frage der deutsch-österreichischen Zollunion eine Entschliessung mit einem ablehnenden Standpunkt angenommen. In der Entschliessung wird zugleich ein festes wirtschaftliches Programm zum Abschluss von Handelsverträgen und insbesondere ein Handelsvertrag mit Russland gefordert.

In einer weiteren Entschliessung wird die solidarische und freundschaftliche Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei lebhaft begrüsst.

SPD. Lissabon, 11. April (Eig. Drahtb.)

In einer amtlichen Verlautbarung erklärt die portugiesische Regierung, dass die Unruhen auf Madeira rein lokaler Natur seien. In Lissabon selbst herrschte am Sonnabend völlige Ruhe. Verschiedene Teile der Stadt sind seit Sonnabend militärisch besetzt. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden zahlreiche Persönlichkeiten verhaftet.

Aus den hier aus Madeira vorliegenden Meldungen geht hervor, dass die Revolutionäre die Macht fest in Händen haben. Die revolutionäre Regierung hat an den Völkerbund ein Telegramm mit der Mitteilung gerichtet, dass die Hauptstadt Portugals vorläufig Funchal auf Madeira sei. Die Garnisonen auf den Azoren sind zu den Aufständischen übergegangen. Wie verlautet, bezweckt die Bewegung hauptsächlich die Loslösung Madeiras von Portugal mit dem Ziele der völligen Autonomie.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Bischof als Rabbiner.

Wie der Räuberhauptmann Hassan Badawi in Palästina Wildwestmanieren einführen wollte.

SPD.Alexandrien, Anfang April (Eig.Ber.)

Nach dem löblichen Grundsatz was dem einen ein Uhl, ist dem andern ein Nachtigall, berichtet die ägyptische Presse mit offensichtlichem Behagen über ein tolles Räuberstückchen, das sich fast am hellen Tage auf einer der belebtesten Verkehrsstrassen Palästinas zwischen Nablus und Dschenin abgespielt hat. Von den palästinensischen Zeitungen wird die Angelegenheit verlegen mit einigen nichtssagenden Zeilen abgetan, denn sie wirft kein sehr erfreuliches Licht auf die öffentlichen Sicherheitsverhältnisse des Landes. Die Bestürzung in Palästina über den Vorfall ist umso grösser, weil er sich mitten in der Touristensaison und dazu noch im Herzen des Landes an einer Stelle ereignet hat, die täglich von Hunderten von Autos passiert wird. Eine Horde von 15 Arabern unter der Führung eines berühmten Banditen, Hassan Badawi, der erst vor einigen Tagen aus dem Gefängnis ausgebrochen war, hat es fertig gebracht, die Route fast unbehindert drei Stunden lang zu blockieren. Die Banditen versperrten die Strasse durch eine Steinbarrikade und hielten ein Auto nach dem anderen, insgesamt mehr als zehn, an. Die Insassen wurden nach Wildwestmanier mit vorgehaltenem Revolver durchsucht und geplündert.

Todesdrohungen und Peitschenhiebe!

Nach den Schilderungen eines ägyptischen Industriellen, der um 400 Pfund (8 000 Mark) erleichtert wurde, spielte sich die Sache folgendermassen ab: Nach erfolgter Plünderung wurden die Ueberfallenen, deren Zahl auf 25 stieg, auf einen benachbarten Hügel geführt und durch Todesdrohungen und Peitschenhiebe gezwungen, mit dem Gesicht gegen die Erde die gesamte Zeit niederzuknien. Ihr Schrecken stieg bis zur Todesangst, als sie einige Schüsse hörten, durch die, wie sie nachher erfuhren, drei Insassen eines Autos wegen ihres Widerstandes tödlich verletzt wurden. Die Banditen machten sich einen Sport daraus, diejenigen ihrer Opfer, die sie für Juden hielten, mit dem Tode zu bedrohen. Ein griechisch-orthodoxer Bischof, der als Rabbiner angesehen wurde, konnte sich lediglich durch das Vorzeigen seines Kreuzes retten.

Als sich keine neue Beute mehr zeigte, suchten die Räuber das Weite, nicht ohne ihre Opfer ihrer Schuhe und ihrer Oberkleidung entledigt zu haben. Um zehn Uhr abends präsentierte sich das traurige Häuflein halbnackt auf dem nächsten Polizeiposten- Durch ihre mehrstündige Bekanntschaft mit der Bande waren sie wenigstens in der Lage, eine genaue Personalbeschreibung des Chefs und seiner Kumpane zu geben.

Kurzes Glück.

Das Glück der Banditen war von kurzer Dauer, drei Flugzeuge der Royal Air Force, die am nächsten Morgen zur Verfolgung ausgesandt wurden, konnten kurz vor der transjordanischen Grenze den Trupp sichten und durch Maschinengewehrfeuer zum Stehen bringen. Ausser den geraubten Wertgegenständen und Kleidungsstücken befanden sich an 1200 Pfund bares Geld in den Händen der Flüchtigen. Ein Zeichen dafür, dass trotz der schlechten Zeiten auch in Palästina das Geld noch immer auf der Strasse gefunden werden kann....

Zehn Jahre "Freundschaft".

Zur Berliner Reichskonferenz der "Roten Falken".

SPD. Aus allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland waren am 11. und 12. April Vertreter der Kinderfreunde-Bewegung nach Berlin gekommen, um Rechenschaft über das im vergangenen Jahr Geschaffene abzulegen, gleichzeitig aber auch, um in sachlicher Beratung diejenigen Beschlüsse zu fassen, die als Richtlinien der kommenden Arbeit zu gelten haben. Die diesjährige Reichskonferenz der "Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" ist gewissermassen ein Jubiläum, denn die deutsche Kinderfreunde-Bewegung, die nach dem Muster der österreichischen entstand, blickt nunmehr bereits auf das Alter von zehn Jahren zurück. Der Charakter der Bewegung, die sich machtvoll und immer weiter wachsend in allen Teilen Deutschlands durchgesetzt hat, verbietet ebenso wie der Ernst dieser Zeit rauschende und prunkvolle Feste. Der Tag soll ein Tag des Gedenkens sein. Die Rückschau auf das bisher Erreichte ist nicht zuletzt auch stärkend für die Arbeit von morgen.

Um ihren Gästen etwas Besonderes zu bieten, aber auch um selbst durch geschmackvolle Propaganda zu werben, zeigen die 88 Berliner Gruppen der Berliner Kinderfreunde in einer prächtig bunten Ausstellung im Gesundheitshaus am Urban also mitten in einem Berliner Arbeiter-Viertel, eine Schau ihres fröhlichen Schaffens, ein Panorama des bisher Gewirkten und Erlebten. Die Ausstellung ist quantitativ klein, aber alles das, was gezeigt wird, aussergewöhnlich reizvoll und typisch: typisch für das Empfinden und Erleben der Kinder, deren Pinseleien, Basteleien, Klebereien und Reimereien sich zu einem bunten Kranz der proletarischen Jugendfreude zusammen fügen. Wer diese Ausstellung gesehen hat - und es ist anzunehmen, dass alle Ortsgruppen etwas ganz Ähnliches und sicher auch Gleichwertiges zu schaffen vermögen, der wird vom Wesen der Kinderfreunde-Bewegung, von ihrem Inhalt, ihren Zielen einen klareren Begriff erhalten, als jede theoretische Darlegung ihn zu schaffen vermag.

Die Sehnsucht des in die Grosstadtmauern eingezwängten Kindes nach der Freiheit der Natur, der Wille zur Kameradschaft und zur Gemeinsamkeit, das Streben nach einer gesunden ethischen Lebensführung - alles das kommt in den auch von spezielleren pädagogischen Gesichtspunkten aus interessanten Arbeiten der Nestfalken, der Jungfalken und der Roten Falken zum Ausdruck. Man könnte dieses und jenes aufzählen und beschreiben, aber typisch und schön ist tatsächlich alles. Erschütternd fast wirken auf den Besucher zwei einfache Konstruktionen: "So wohnen wir" und "So wollen wir wohnen" - das Kind, das das Gebilde schuf, umwickelte ein paar Streichholzschachteln auf eine primitive Weise, durch die das Bild der Mietskasernè deutlich wird, und erknetete sich im Gegensatz hierzu aus Plastilina eine kleine Siedlung im Grünen. Eine stärkere soziale Anklage ist nicht denkbar.

Das Grüne, die Natur, die Freiheit - sie werden von den Kinderfreunden Sonntag um Sonntag erwandert; besonders aber lernt sie das der frischen Luft so bedürftige Grosstadtkind in den Kinder-Republiken lieben und erleben, die die Kinderfreunde-Organisation Sommer um Sommer in allen Teilen Deutschlands und auch in ausserdeutschen Gebieten errichten lässt. Die Berliner Kinder waren, wie bekannt, im vergangenen Sommer zum grössten Teil in der Schweizer Kinderrepublik am Thuner See. Von den dort erlebten Dingen und Eindrücken berichten eindringlich zahlreiche hübsche Photos an den Wänden des Ausstellungssaals. Graphische Darstellungen zeigen die in der Schweiz, wie in allen Kinderrepubliken angewandte Technik der parlamentarischen Selbstverwaltung, durch die die Kinder unbewusst eine gute staatsbürgerliche Erziehung erhalten, die sie später einmal zu charakterfesten Kämpfern der Sache der Arbeiterbewegung

machen wird. Voller Stolz zitiert ein kunstvoll gemaltes Plakat an der Wand die Voraussage des katholischen Publizisten Dr. Leo Weissmantel: Die Pädagogik der Kinderfreunde sei der Beginn eines neuen Jahrtausends der Pädagogik überhaupt.

+

Auftakt der Berliner Konferenz war die Tagung der Exekutive der sozialistischen Erziehungs-Internationale unter ihrem von langer Krankheit erfreulicherweise wieder genesenden Vorsitzenden Max Winter-Wien. Das Positive, das hier gesagt und beschlossen wurde, wird sich hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit verwirklichen. Insbesondere aber möchte man wünschen, dass die von der Vertreterin Frankreichs angeregte Idee einer absolut internationalen Kinderrepublik auf französischem Boden bereits übers Jahr Wirklichkeit wird. Man kann sich für die Sache des Friedens, dem die internationale Kinderbewegung ja nicht zuletzt dienen soll, nichts Schöneres und Wirksameres denken. Wo sich die Väter niederschossen, sollen sich die Kinder versöhnen.

+

Auf der eigentlichen Reichskonferenz der Reichsarbeitsgemeinschaft, die am späten Sonnabend-Nachmittag im Bürgersaal des Berliner Rathauses begann, erstatteten Dr. Kurt Löwenstein, der Leiter der deutschen Kinderfreunde-Bewegung, und Hans Weinberger, ihr Geschäftsführer, den Geschäftsbericht für die Zeit vom Herbst 1929 bis März 1931. In 34 Parteibezirken gibt es 33 arbeitsfähige Bezirksarbeitsgemeinschaften der Kinderfreunde-Bewegung. Ihr gehören heute in Deutschland insgesamt 780 Ortsgruppen an. In den Nestfalken-Gruppen sind 25 000 Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren zusammengeschlossen, in den Jungfalken-Gruppen 40 000 Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren, in den Roten Falken-Gruppen 30 000 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren. Weitere 25 000 Kinder bilden gemischte Ortsgruppen ohne besondere Altersstufengliederung. Die Zahl der Eltern und Freunde der Bewegung, die als beitragszahlende Förderer registriert werden, beläuft sich auf 70 000, die Zahl der aktiven Helfer auf 10 000. Im vergangenen Sommer errichtete die Reichsarbeitsgemeinschaft bei Lübeck, am Thuner See, auf der Insel Nemedy im Rhein, am Keutschacher See in Kärnten Kinderrepubliken, von denen die, die alle kennen, berichten, dass eine schöner war als die andere. Ein Nestfalkenlager mit 350 Nestfalken in der Lüneburger Heide kommt gewissermassen noch als Krönung des schönen pädagogischen Werkes hinzu.

+

Für den Sommer 1931 wird nun schon allerorten fleissig gerüstet. Die Bewegung geht vorwärts, trotz der Not der Zeit: die Zahlen beweisen genug. Immer mehr dringt der Geist dieses jüngsten Zweiges der Arbeiterbewegung in die Tiefe und in die Breite des arbeitenden Volkes. Dieser Geist eines schönen Idealismus, der in einer die Reichstagung würdig beendenden Feierstunde "Unser die Sonne" im überfüllten Grossen Schauspielhaus Berlins am Sonntag vormittag wundervoll zum Ausdruck kam. Dieser Geist, der nur ein Ziel kennt: die Ordnung, die Freundschaft und die Solidarität der internationalen Arbeiter-Bewegung.

Ego.

+

Mörder auf Bestellung. Auf einer ungarischen Bahnstrecke ereignete sich dieser Tage unter geradezu erschütternden Umständen ein in mancherlei Beziehung sonderbares Morddrama. Der Täter, ein junger Ungar namens Friedrich Fischel, hatte ein Versicherungsverbrechen beabsichtigt; der, den er ermordete, ein Kaufmann Rudolf Steinherz aus Keczkemet (Ungarn), wollte durch den Ertrag der monatelang genau vorbereiteten Tat, für die er den ihm fast hörigen Fischel gedungen hatte, seine Familie retten. Die Hammerschläge, die Fischel im Abteil eines D-Zuges gegen den Kaufmann Steinherz führte, waren tödlich, aber zwecklos, da die Ueberfall-Versicherungsprämie, die sie einbringen sollten, natürlich nicht ausgezahlt wird.

Der gleichfalls aus Keczkemet stammende Tapezierergehilfe Friedrich Fi-

schel, ein fantastischer Schwärmer, früher Bibelfanatiker, später Kommunist, zuletzt methodistischer Sektierer und endlich Mörder, konnte von den Beamten der Wiener Kriminalpolizei verhaftet werden. Es stellte sich heraus, dass Steinherz ihn gegen eine Belohnung von 5 000 Dollar aufgefordert hatte, das Verbrechen zu begehen. Tatsächlich will Fischel nur eine goldene Uhr und 35 Pengö erhalten haben. Wie festgestellt wurde, hatte sich Steinherz, einst ein ehrbarer Kaufmann, zu dem Verbrechen, dem er zum Opfer fiel, entschlossen, um sich und seine Familie vor dem finanziellen Zusammenbruch zu retten. Fischel behauptet, dass Steinherz ihn regelrecht zum Mord gedungen habe. Mit den Worten: "Damit sollen Sie mich erschlagen, schlagen Sie zu, bis ich tot bin", soll Steinherz den Mordhammer dem erst 18jährigen übergeben haben. Für die Wahrheit der Darstellung Fischels spricht die Tatsache, dass der Ermordete auf seinem Totenbett mit seinen letzten Worten seine Familie und die Polizei irreführte, indem er eine vollkommen falsche Personalbeschreibung des angeblichen Eisenbahnattentäters gab. Fischel meint, dass auch er hinsichtlich der Belohnung in die Irre geführt worden sei. Die Adresse, durch die er in Wien zu seiner Belohnung von 5000 Dollar kommen sollte, stimmte nicht. Gehorsam führte er die Weisung Steinherz', der dem jungen sentimental Menschen ein väterlicher Freund war, aus - gehorsam, aber umsonst...

+ + +
Tod einer 127-Jährigen. In Prokuplje (Serbien) verstarb die älteste Frau des Landes: eine Bäuerin im Alter von 127 Jahren.

+ + +
Neuer Schnelligkeitsrekord. Der französische Leutnant zur See Paris hat am Sonnabend den bisher von dem deutschen Flieger Steindorff gehaltenen Schnelligkeitsweltrekord über 2 000 Kilometer mit 1 000 Kilogramm Nutzlast geschlagen. Er legte die Strecke mit einer Stundengeschwindigkeit von 205½ Kilometern zurück.

+ + +
Aufregender Einbrecherkampf. Ein Bauer in der Nähe von Dijon (Frankreich) sah sich des Nachts plötzlich von einem maskierten Räuber überfallen. Zwischen den beiden Männern entspann sich ein hartes Ringen von etwa drei Viertel Stunden Dauer. Erst dann gelang es dem Landwirt, den Revolver aus dem Nachttisch herauszuziehen und den Einbrecher niederzuschossen. Der Tote war Leutnant bei einem französischen Fussartillerie-Regiment. Er hatte schwere Unterschlagungen begangen und war bereits seit mehreren Tagen fahnenflüchtig.

+ + +
Sophus Claussen. Am Sonnabend verstarb in Kopenhagen der berühmte dänische Dichter Sophus Claussen im Alter von 66 Jahren. Claussen machte sich einen Namen durch seine grosse lyrische Produktion; vor allem aber erwarb er als Verfasser des sozialen Dramas "Die Arbeiterin" internationalen Ruf.

+ + +
Zwei Tizian-Gemälde entdeckt. In England wurden zwei Selbstporträts des niederländischen Meisters Tizian entdeckt, die etwa in den Jahren 1545 und 1550 entstanden zu sein scheinen.

+ + +
Kindesmord aus religiösem Wahnsinn. Eine 45jährige Witwe in Lemberg wurde von der Wahnidee verfolgt, die Mutter Gottes sei ihr im Traum erschienen und habe ihr befohlen, ihre zwei Kinder zu töten. Die Frau ergriff in der Nacht ein Küchenmesser und schnitt ihrem neunjährigen Knaben die Kehle durch. Das zweite Kind, ein Knabe von sechs Jahren, begann laut zu schreien, als sich die Mutter auf ihn stürzte. Nachbarn, die durch Lärm über die Vorgänge in der Wohnung aufmerksam wurden, erbrachen die Tür und retteten das Kind aus den Händen der Wahnsinnigen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Verbandstag der Dachdecker.

SPD. Im Schulheim des Deutschen Baugewerksbundes am Werlsee bei Berlin ging am Sonnabend der 17. Verbandstag der Dachdecker zuende. Es war die letzte Generalversammlung des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands, denn am 1. Juli 1931 geht der Verband, wie auf der Tagung in Werlsee beschlossen wurde, als Fachgruppe im Rahmen des Deutschen Baugewerksbundes auf.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Verbandsvorsitzende Theodor Thomas gab, wurde einstimmig gutgeheissen. Auch die drei auf dem Verbandstag anwesenden Kommunisten erklärten sich für den Antrag, der dem Vorstand des Verbandes das Vertrauen aussprach. Die Haltung der Dachdeckerzeitung wurde ebenfalls nicht beanstandet. Obwohl einzelne kommunistisch beeinflusste Zahlstellen der Organisation Anträge gegen die Dachdeckerzeitung eingebracht hatten, wurde ihre Haltung mit den Stimmen der drei Kommunisten einstimmig für gut befunden.

Der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes Bernhard sprach auf der Tagung eingehend über die Wirtschaftsfragen des Baugewerbes. Er fand mit seinen Ausführungen, die auf starker Sachkunde beruhten, stürmischen Beifall. Über den Reichstarifvertrag im Dachdeckergerwerbe berichtete der Sekretär des Verbandes O.A. Schmidt. Aus seinem Bericht ging hervor, dass sich die Verhandlungen zwecks Abschluss eines neuen Reichstarifvertrags für das Dachdeckergerwerbe zerschlagen haben. Die Unternehmer verlangen eine ganze Reihe von Verschlechterungen. Stellenweise ist, nachdem der Vertrag am 31. März ablief, bereits ein Abwehrkampf der Dachdecker in Gang. Die Unternehmer möchten nicht nur die Löhne kürzen, sondern ausserdem noch, obwohl früher die Dachdecker bis zu 16% mehr Lohn erhielten als die Maurer, die Bezüge auch noch auf den gegenwärtigen Stand des Maurerlohns herunterschrauben. Die Organisation der Dachdecker, die gut fundiert ist, wird jedoch diesem Angriff des Unternehmertums mit Erfolg begegnen.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland wurde auf dem Verbandstag von Spließ, dem Sozialpolitiker des ADGB, beleuchtet. Er verstand es, während seines zweistündigen Vortrags die Zuhörer vom Anfang bis zum Schluss zu fesseln. Mit besonderem Nachdruck wies er auf die neuerdings zu erwartenden Anschläge gegen die Arbeitslosenversicherung hin. Es werde aller Kräfte der Arbeiterschaft bedürfen, um diesem neuen Vorstoss der Sozialreaktion die Spitze bieten zu können. Der ADGB-Sekretär Sachs behandelte den Bauarbeiterschutz. Auch seine Ausführungen fanden ungeteilte Anerkennung.

Als Reichsfachgruppen-Obmann der Dachdecker im Deutschen Baugewerksbund wurde einstimmig Theodor Thomas gewählt.

SPD. Bei den Arbeiterratsmitgliedern in den Mannheimer Betrieben haben die freien Gewerkschaften gut abgeschnitten.

In der Gruppe Chemie (25 Betriebe) erhielten die freien Gewerkschaften 153 Sitze, die Christen 15, die RGO 7, der Industrieverband 1. Nahrungsmittelindustrie (18 Betriebe): Freie Gewerkschaften 83, Christen 3, RGO 3 Sitze. Gemeindebetriebe (20 Betriebe): Freie Gewerkschaften 90 Sitze, Christen 2, RGO 4.

Metallindustrie (26 Betriebe): Freie Gewerkschaften 126 Sitze, Opposition 14, Christen 2, Industrieverband 2, Bekleidungsindustrie (5 Betriebe): Freie Gewerkschaften 32 Sitze, Opposition 6, Christen 1. Handel, Verkehr und Holzindustrie (29 Betriebe): Freie Gewerkschaften 95 Sitze, Christen 2, Graphisches Gewerbe (13 Betriebe): alle Arbeiterräte freigewerkschaftlich (mit Ausnahme der Arb. Zeitung). Das Gesamtergebnis lautet also: 136 Betriebe: Freie Gewerkschaften 622 Sitze, Opposition 34, Christen 25, Industrieverband 3, zusammen 684. In 112 Betrieben wurden nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt, in 24 Betrieben fanden Abstimmungen statt. Dabei bekamen die freien Gewerkschaften 5 406 Stimmen (130 Sitze), die Christen 1001 (23), die RGO 1880 (36), der Industrieverband 244 (3), der Stahlhelm 35 (0), die Nazis 14 (0). In den kleineren Betrieben laufen die Wahlen zur Zeit noch, sie ändern jedoch an dem Ergebnis kaum noch etwas.

SPD. Das Zentralkomitee der Metallarbeiterinternationale, das dieser Tage in Brüssel zusammengetreten war, hat das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen als ersten Schritt zu einer internationalen Wirtschaftsverständigung aufs wärmste begrüßt. Die Metallarbeiterinternationale hält das Abkommen als Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftsnot für wirksamer als die von den Unternehmern geforderte und zum Teil durchgeführte Herabsetzung der Löhne.

Vertreten waren in Brüssel England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Luxemburg, Tschechoslowakei, Oesterreich, Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen und Ungarn.

SPD. Die neuen Lohnverhandlungen in der Zigarrenindustrie, die dieser Tage in Hamburg stattfanden, führten zu einem Schiedsspruch, dem sich beide Parteien im voraus unterworfen haben. Der Spruch bringt einen Lohnabbau von 4 bis 6%. Von dem 4%igen Abbau werden rund 20, und von dem 6%igen rund 80% der Beschäftigten betroffen. =

+

Die Schlichtungsverhandlungen im Lohnstreit für das westfälische Bäckergewerbe, die in Dortmund stattfanden, verliefen ergebnislos.

SPD. In den Betriebsratswahlen bei der Deutschen Bank und Discontogesellschaft erhielt der Allgemeine Verband 1 287 Stimmen (8 Mandate, früher 11), der Deutsche Bankbeamtenverein (Gewerkschaftsring) 1 187 und 5 (5) Mandate; der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 874 Stimmen und 4 (3) Mandate. Die RGO erhielt - zum erstenmal - 335 Stimmen und 1 Mandat. Eine Oberbeamtenliste musterte 385 (500) Stimmen und 1 (2) Mandate.

Der Stimmenzuwachs des DHV stammt von den Nationalsozialisten, die keine eigene Liste aufgestellt hatten.

SPD. Die Notverordnung zur Krankenversicherung vom 26. Juni 1930 enthielt u.a. auch die Bestimmung, dass Innungskrankenkassen mit weniger als 150 Mitgliedern zu schliessen sind. Das war einer der wenigen bescheidenen sozialpolitischen Fortschritte, womit die bitteren Pillen der Notverordnung etwas versüsst werden sollten. Seit dem Erlass der Notverordnung hat man tatsächlich auch ab und zu gehört, dass eine allzu kleine Krankenkasse geschlossen wurde. Etwas Durchgreifendes ist jedoch nicht geschehen. Die Notverordnung ist seinerzeit gegen die Versicherten mit aller Schärfe durchgeführt worden. Man darf daher verlangen, dass sie ebenso scharf auch dort durchgesetzt wird, wo es sich nicht um das Wehe, sondern um das Wohl der Versicherten handelt. Dass die Zwergkrankenkassen ein Hemmnis für jeden Fortschritt in der Krankenversicherung sind, steht fest, Es wird daher Zeit, dass mit diesen Kassen Schluss gemacht wird.

Gesetze sind dazu da, dass sie durchgeführt werden. Für sozialpolitische Gesetze gilt das ganz besonders. Wie lange noch sollen die Zwergkrankenkassen gegen Gesetz und Recht weiterbestehen?

+

Für die Betriebskrankenkassen besteht die gleiche Vorschrift, wie sie die Notverordnung brachte, schon seit Jahren; aber auch da stand sie fast nur auf dem Papier. So gab es nach der Reichsstatistik vom Jahre 1928 noch 728 Betriebskrankenkassen, die weniger als 150 Mitglieder hatten.

SPD. Bei den Betriebsrätewahlen im Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbau des Bezirks Halle wurden in 9 Betrieben mit 35 348 Belegschaftsmitgliedern 31 418 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Listen der Freien Gewerkschaften 21 161 (464 Mandate), auf die Listen der Christen 870 (14), auf die RGO 4 934 (63) und auf die Listen der Nationalsozialisten und Stahlhelmer 4 251 (63).

+

Bei den Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie Hannover wurden in 79 Betrieben nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt und gewählt. Wahlen fanden statt in drei Betrieben: bei der Hanomag, bei den Hackethal Draht- und Labelwerken und bei der Körting A.G. In der Hanomag erhielt bei 4 250 Beschäftigten der Deutsche Metallarbeiterverband 2 753 Stimmen und 11 Mandate plus 2 Ergänzungsmitglieder, die RGO 840 Stimmen und 3 Mandate. In der Hackethal Draht- und Label erhielt der DMV bei 933 Beschäftigten 619 Stimmen (8 Mandate), die Nazis 48 (0), die Gelben 152 (1 + 1 Ergänzungsmitglied). In der Körting A.G. erzielte der DMV bei 809 Beschäftigten 567 Stimmen (8 Mandate im Betriebsrat + 2 Ergänzungsmitglieder), die Nazis erhielten nur 46 (0).

SPD. Der Einigungsversuch des Reichsarbeitsministeriums im Tarifkonflikt der Rheinschiffahrt ist resultatlos verlaufen. Die Arbeitgeber lehnten jede Abänderung des Schiedsspruchs ab und stellten sogar Antrag auf Verbindlichkeitserklärung. Das in Aussicht genommene Schiedsgericht konnte infolgedessen nicht zusammentreten.

Uneinheitliche Warenmärkte.

(Belebung auf dem Eisenmarkt. - Starke Steigerung der Wollpreise.)

SPD. Bezeichnend für die Lage an den Rohstoffmärkten war in der letzten Zeit die Entwicklung der Metallpreise, vor allem die Kupferpreisentwicklung. Beim Kupferkartell ist es so weit gekommen, dass es am gleichen Tag zwei verschiedene Preise gab. Das Kartell erlaubte nämlich wiederholt seinen Lohnhütten unter den Preisen der Grubenhütten zu verkaufen.

Daraus geht hervor, dass sich der alte Gegensatz zwischen Gruben- und Lohnhütten weiter verschärft hat. Die Lohnhütten kaufen laufend Rohmaterial ein. Sie müssen demzufolge auch laufend verkaufen. Dadurch stören sie die Preispolitik des Kartells und schädigen die Grubenhütten. Die Grubenhütten suchen sich dadurch zu helfen, dass sie den Lohnhütten gegenüber als Käufer auftreten. Das geht wohl eine Zeit lang, aber nicht immer. Das Kartell musste deshalb den Lohnhütten gegenüber schon Konzessionen machen und so gab es an einem Tag den Kupferverkauf um einen vollen halben Cent unter dem bisherigen Stand frei. Dann etwa 2 Stunden später, nachdem die Lohnhütten ihre Kupfervorräte (etwa 100 Tonnen) losgeworden waren, wurde der Preis um 1/4 Cent heraufgesetzt. Das Kartell hat bei seiner Gründung das Versprechen gegeben, stabile Preise zu schaffen. Allerdings beweist die Tatsache, dass das internationale Kupferkartell in den letzten Tagen das Jubiläum der 100. Preisveränderung begeben konnte, wie das Versprechen eingehalten worden ist. Die Politik des Kupferkartells hat zu einer beispielslosen Preisunsicherheit geführt. Stetig ist nur das Bemühen des Kartells, die Preise zu steigern. Dabei schreitet es von Misserfolg zu Misserfolg. Das ergibt sich aus den billigeren Verkäufen der Lohnhütten und weiter aus den lächerlich kleinen Gesamtverkäufen des Kartells.

In der Zinnproduktion will man es jetzt mit Kartellmassnahmen versuchen. Die Gesetze zur Einschränkung der Zinnförderung sind in den in Frage kommenden Staaten erlassen worden. Aber die Durchführung dieser Gesetze scheint auf ganz erhebliche Schwierigkeiten zu stossen. Besonders bei den kleinen chinesischen Gruben in Malaya. Der Zinnmarkt ist deshalb unsicher, wenn auch nicht derart schwach, wie beispielsweise der Markt für Blei. Hier hatte der Bleipool vorübergehend die Herrschaft völlig eingebüsst, sodass es zu einem schweren Zusammenbruch der Preise kam. Die Poolmitglieder versuchten sofort die Bleipreise zu steigern. Das gelang zwar, jedoch konnten die Verluste nicht eingeholt werden. Der Markt flaut weiter ab. Dasselbe gilt für den Zinkmarkt, ohne dass hier besondere Vorgänge zu verzeichnen wären.

Dagegen hat sich in den letzten Wochen eine leise Erholung an den internationalen Eisenmärkten bemerkbar gemacht. Dort waren allerdings die Preise vorher derart gefallen, dass man aus der bescheidenen Preissteigerung der letzten Zeit keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen darf.

An den Kolonialmärkten zeigte sich vor allem die Unfähigkeit der brasilianischen Regierung, der Lage auf dem Kaffeemarkt Herr zu werden. Die Kaffeebestände sind weiter gewachsen und riesengross; die Aussichten für die nächste Ernte haben sich stark gebessert und so gehen die Preise herunter. In noch stärkerem Masse ist das für Kautschuk der Fall. Die Hoffnungen auf neue Drosselungsvereinbarungen zwischen den Holländern und Engländern gaben dem Markt wochenlang eine gewisse Stütze. Die Holländer sind dann auch zu Verhandlungen

nach London gekommen, reisten aber nach wenigen Tagen wieder ab. Die Verhandlungen wurden um 14 Tage hinausgeschoben. Auf den Markt hat das recht ungünstig gewirkt. Was man von diesen Vereinbarungen überhaupt zu halten hat, zeigt sich am Teemarkt. Die dort bestehenden Vereinbarungen mussten offiziell aufgegeben werden, weil man sich in Holländisch-Indien nicht daran hielt. Dabei ist der Sturz der Teepreise in der jüngsten Zeit anscheinend wieder etwas zum Stehen gekommen. Der Zuckermarkt lebt weiter von den Hoffnungen auf Zustandekommen des internationalen Kartells, über das zur Zeit in Paris unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird.

Geradezu ungewöhnlich fest lagen bis in die allerletzte Zeit hinein die Wollmärkte. Hier war der Preissturz im vorigen Jahr allerdings besonders scharf gewesen. Aber eine Erholung der Preise um 35 bis 40 %, wie sie in den letzten Monaten eintrat, ist aussergewöhnlich gross, selbst wenn man die Voraussetzungen berücksichtigt. Die Preise für Garne und Gewebe sind dabei zu einem gut Teil mitgegangen und in der letzten Zeit waren am Kammzugmarkt gewisse Schwächezeichen festzustellen. Baumwolle liegt im Gegensatz zu Wolle schwach. Angeblich deshalb, weil das Bundesfarmamt in der Union selbst auf den Preis drückt, um den Abbau zu drosseln. Aber auch der schlechte Geschäftsgang in den weiterverarbeitenden Gewerben konnte den Markt nicht gerade anregen. Allerdings soll sich der Geschäftsgang hier und da - das gilt auch für Deutschland - in der letzten Zeit etwas gebessert haben.

SPD. Die Vereinigte Stahlwerke A.G. in Düsseldorf veröffentlicht jetzt den Quartalsbericht für die Zeit vom Januar bis März 1931. In diesem zweiten Quartal 1930/31 hat die schwerindustrielle Krise in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht. Dementsprechend sind auch die Produktions- und Absatzziffern bei den Zechenbetrieben, wie auch bei den Stahl- und Walzwerken weiter verschlechtert. Die Ergebnisse sind aber schlechter, als sie zu sein brauchten, wenn nicht der Stahltrust als mächtigstes Mitglied der Eisenverbände bei der ungenügenden Preissenkung den Ausschlag gegeben hätte.

In der Berichtszeit sank die Kohlenförderung von 5,23 auf 4,69 Millionen Tonnen und erreichte in den abgelaufenen sechs Monaten des Geschäftsjahrs 1930/31 nur 9,92 gegen 14,0 Millionen Tonnen im Jahre vorher. Die Koksproduktion hat sich gegen das vorletzte Quartal von 1,73 auf 1,45 Millionen Tonnen verringert, die Roheisenerzeugung ging von 0,94 auf 0,80 Millionen Tonnen und die Stahlproduktion von 1,0 auf 0,95 Millionen Tonnen zurück. Im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres stellte sich die Koksproduktion von September 1930 bis März 1931 auf 3,18 gegen 5,09, die Roheisenerzeugung auf 1,75 gegen 3,13 und die Stahlwerksproduktion auf 1,96 gegen 3,26 Millionen Tonnen. Der Produktionsrückgang beläuft sich also im Durchschnitt auf etwa 40 %. Die Belegschaft ist seit Beginn dieses Jahres um weitere 16 000 Arbeiter und Angestellte verringert worden. Sie beträgt nach den Abbaumassnahmen des letzten Jahres nur noch 105 078 gegen fast 170 000 Mann Ende März 1930.

Die Umsätze haben sich entsprechend dem Produktionsrückgang von 233,7 auf 205 Millionen Mark verringert. Der bereits Ende vorigen Jahres stark reduzierte Inlandsabsatz hat sich vom Januar bis März nur verhältnismässig wenig, und zwar von 129,9 auf 121,8 Millionen gesenkt, dagegen haben die Auslandsumsätze einen neuen Verlust von fast 20 Prozent von 103,7 auf 83,2 Millionen erfahren. Die Ende März vorhandenen Auftragsbestände bei den Hütten und Walzwerken betragen nur 58,8 Prozent der entsprechenden Bestände im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahrs 1929/30.

SPD. Die Verluste der durch fehlerhafte Kreditgewährung kürzlich zusammengebrochenen Gewerbebank A.G. in Hannover sind überraschend hoch. In der Gläubigerversammlung wurde ein Gesamtverlust von 3,47 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von nur 335 000 Mark zugegeben. Unter den Aussenständen von 6,20 Mill. befinden sich fast 3,80 Mill. uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen, und selbst bei ruhiger Abwicklung der Geschäfte erwartet man für die Gläubiger der Gewerbebank A.G. aus der Masse höchstens 25 bis 30 Prozent. Dieses Verhältnis soll sich aber erhöhen, denn ein Vertreter der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, die zwar keinerlei Forderungen an die Gewerbebank hat, aber doch zur Verhinderung weiterer Zusammenbrüche und vermeidlicher Schädigungen zu einer Stützung bereit ist, hat in der Gläubigerversammlung verlangt, dass die Einleger der Gewerbebank A.G. nicht schlechter behandelt werden sollen als die der eigentlichen Genossenschaftsbank, für die eine hundertprozentige Auszahlung vorgesehen war. Nach unseren Informationen stützt die Preussenkasse ihre Forderung auf die Tatsache, dass beide Institute wahllos Einlagen von Genossenschaftsmitgliedern und sonstigen kleinen Leuten angenommen haben und dass die verschiedenartige Behandlung vielleicht rechtlich, nicht aber moralisch zu rechtfertigen sei.

SPD. Der belgische Sofina-Konzern, gegenwärtig der grösste europäische Elektro-Finanztrust, der sich auch an der Umgründung der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke beteiligen will, hat im vergangenen Jahr trotz der allgemeinen Weltwirtschaftskrise von neuem Gewinne aufgehäuft. Er konnte seinen Reingewinn gegen das Vorjahr von 116,2 auf 155,4 Mill. belg. Franken (1 belg. Fr. = rund 12 Pf.), seinen Rohgewinn von 140,0 auf 166,6 Mill. Franken steigern. Bargeld und Bankguthaben sind erstaunlich hoch; sie betragen 1,1 Milliarde Franken und sind gegen das Vorjahr nur wenig verringert. Die finanzielle Schlagkraft des Konzerns steht demnach ausser Zweifel. Die Ziffern zeigen aber auch, ein wie glänzendes kapitalistisches Geschäft der Erwerb von Kraftwerks- und Kraftübertragungsbeteiligungen selbst in schwersten Krisenzeiten ist. Um so bedauerlicher und frevelhafter war es, durch eine künstliche Behinderung der Anleihebeschaffung der deutschen Kommunen die so wertvollen deutschen kommunalen Elektrowerke zur Beute des privaten Elektrokapitals werden zu lassen, wie es sich bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalens und jetzt auch bei den Berliner Städtischen Elektrizitätswerken gezeigt hat.

SPD. Zu Beginn des Jahres 1931 gab es in der ganzen Welt 35,8 Mill. Kraftfahrzeuge wie sich aus einer Zusammenstellung der führenden amerikanischen Autozeitschrift ergibt. Davon waren 30,0 Mill. Personenwagen, 5,5 Mill. Lastwagen, 2,8 Mill. Motorräder und 269 000 Autobusse. Von der Gesamtzahl von 35,8 Mill. entfallen allein 26,7 Mill. auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen 26,6 Mill. zu Beginn des Jahres 1930. Der Zuwachs war also in der Vereinigten Staaten wesentlich geringer als in der übrigen Welt. Der europäische Bestand an Kraftfahrzeugen hat sich von 4,8 auf fast 5,3 Mill. vermehrt, was einem Zuwachs von rund 10 gegenüber nur 0,5 Prozent in den Vereinigten Staaten entspricht. In Deutschland standen 659 000 Kraftwagen 731 000 Motorräder gegenüber, ein Zeichen für die relativ geringe Kaufkraft im Durchschnitt der Bevölkerung.

Kleine Vorräte - höhere Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 11. April)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Sonnabend wieder in festerer Haltung. Das Bekanntwerden der letzten Bestandaufnahme des deutschen Landwirtschaftsrates, die stark zusammengeschrumpfte Vorräte auswies, wirkte befestigend auf die Marktlage. Demzufolge konnten sich am Markte der Zeitgeschäfte Weizen und Roggen für die vorderen Monate um etwa 1 Mark befestigen, während die Herbstnotierungen ziemlich unverändert blieben. Am Lokomarkt hat sich nichts wesentliches geändert. Nach wie vor war das Angebot an promptem Roggen und Weizen sehr klein und wurde teils zu unveränderten, teils zu leicht erhöhten Preisen aufgenommen. Am Mehlmarkt zeigt sich einiges Kaufinteresse für sofort verfügbares Roggenmehl, für das auch die um 25 Pfennig erhöhten Forderungen der Mühlen bewilligt wurden. Für Weizenmehl machte sich kein Interesse bemerkbar, bei unveränderten Preisen stagnierte das Geschäft vollkommen. Für Hafer war die Stimmung eher etwas freundlicher, die Preise waren gut gehalten.

	<u>10. April</u>	<u>11. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	188 - 190	188 - 190
Braugerste	231 - 242	233 - 245
Futter- und Industrierogerste	212 - 230	214 - 232
Hafer	169 - 173	171 - 175
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	27,00 - 29,50	27,25 - 29,50
Weizenkleie	13,30 - 13,60	13,25 - 13,50
Roggenkleie	13,25 - 13,50	13,25 - 13,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 303½ (Vortag: 303), Juli 300½ (299½), September 254 (254), Roggen Mai 201½-202 Geld (201) Juli 199 (197¾), September 188½ (187¾). Hafer Mai 184-185 (182¼), Juli 194-194¾ (191½), September 177½ (176).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 11. April: I. 128 Mark, II. 120 Mark, III. 106 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

SPD. Nach dem Bericht des Eisen- und Stahlwaren-Industriellenbundes hat sich im März 1930 noch keine Besserung für die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie ergeben. In dem Bericht steht die interessante Bemerkung, dass die Senkung der Eisenpreise und Löhne keine Besserung des Absatzes gebracht habe, weil durchweg die Preise für die Fertigfabrikate schon so niedrig sind, dass keine Herabsetzung der Preise mehr möglich war, Man muss sich fragen, und das möchte der Herr Reichsarbeitsminister insbesondere tun, weshalb dann in Deutschland immer noch Lohnsenkungen vorgenommen werden.